

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Staatspolitischen
Kommissionen
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 99 44
Fax 031 322 98 67
www.parlament.ch
spk.cip@pd.admin.ch

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates während der ersten Hälfte der 48. Legislaturperiode, 2007 - 2009

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der ersten Hälfte der 48. Legislaturperiode 2007 – 20.11.2009
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Ausblick: wichtige Themen in der 2. Hälfte der 48. Legislaturperiode 2009 - 2011 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Kommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Staatspolitischen Kommission folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesbehörden (ohne Bundesgericht), Bundespersonal, Bund und Kantone, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen, politische Rechte, Bürgerrecht, Ausländerfragen, Asylwesen, Staat und Kirche.



2 Behandelte Geschäfte in der ersten Hälfte der 48. Legislaturperiode 2007 - 2009

21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hat insgesamt 73 Geschäfte vorbereitet. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Vergleichszahlen 1. Hälfte 47. Legislaturperiode 2003-2005):

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	2 (--)	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	10 (14)	
c.	Berichte des Bundesrates	2 (2)	
d.	Mitberichte zu Erlassentwürfen	-- (--)	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	5 (--)	
f.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	3 (3)	<i>Folge geben: 1 Keine Folge geben: 2</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	20 (6)	<i>Zustimmung: 10 Ablehnung: 10</i>
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	3 (2)	<i>Keine Folge geben: 3</i>
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.lv. / Kt.lv. 2. Phase, Komm.lv.)	2 (1)	<i>Annahme: 2</i>
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.lv.)	4 (2)	<i>Zustimmung: 4</i>
k.	Kommissions-Vorstösse	-- (1)	
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	9 (10)	<i>Annahme: 8 Annahme mit Abänderung: 1</i>
m.	Petitionen	8 (14)	<i>Keine Folge geben: 7 Mit anderem Geschäft: 1</i>
n.	Interne Geschäfte	5 (2)	
o.	Spezialfälle	-- (--)	
	Total	73 (57)	



22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates

Die wichtigsten Erlassentwürfe:

- [05.463 n](#) Pa.Iv. Scheinehen unterbinden
- [06.458 n](#) Pa.Iv. Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- [07.083 s](#) Schengener Grenzkodex. Änderungen im Ausländer- und Asylrecht
- [07.400 n](#) Pa.Iv. Parlamentsrecht. Verschiedene Änderungen
- [08.061 n](#) Gegen den Bau von Minaretten. Volksinitiative
- [09.051 n](#) Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Verordnung über das Visa-Informationssystem (VIS)
- [09.060 s](#) Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative). Volksinitiative. Änderung AuG

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

In der Berichtsperiode sind nur wenige politisch gewichtige Vorlagen des Bundesrates zu verzeichnen. Wichtige angekündigte Vorlagen befinden sich seit längerer Zeit in Vorbereitung (siehe unten Ziff. 5).

In der Berichtsperiode gelangten fünf von der SPK vorberatene Vorlagen zur Volksabstimmung: Drei in der vorangegangenen Periode vorberatene Geschäfte (die Volksinitiativen 'für demokratische Einbürgerungen' und 'Volkssouveränität statt Behördenpropaganda' wurden am 1.6.2008 gemäss Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung abgelehnt; die Einführung biometrischer Pässe wurde am 17.5.2009 knapp angenommen) und zwei in der laufenden Periode vorberatene Geschäfte (der Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative wurde am 27.9.2009 angenommen; die Minarett-Initiative wurde am 29.11.2009 entgegen der Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung von Volk und Ständen angenommen).

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die SPK hat ihrem Rat in Umsetzung einer parlamentarischen Initiative folgende Erlassentwürfe unterbreitet:

- [06.463 s](#) Pa.Iv. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien
- [08.515 s](#) Pa.Iv. Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Falle eines indirekten Gegenvorschlages

Eine inhaltliche Zusammenfassung des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

Auffallend ist die starke Zunahme der parlamentarischen Initiativen aus dem Nationalrat, welchen die nationalrätliche Schwesterkommission oder der Nationalrat Folge gegeben hat. Die SPK-S hatte zu 20 derartigen Initiativen Stellung zu nehmen: Je zur Hälfte stimmte sie der Ausarbeitung einer Vorlage zu bzw. lehnte dies ab. Fünf pa.Iv. gelangten nach Ablehnung durch die SPK-S und Zustimmung durch den Nationalrat ein zweites Mal in die



SPK-S: In zwei Fällen lehnte der Ständerat die pa.lv. gemäss Antrag der SPK-S definitiv ab; drei weitere Fälle sind noch in der SPK-S hängig.

24 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Staatspolitische Kommission im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d (ParlG) (siehe Ziff. 1) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich, u.a.:

- Elektronische Abstimmungsanlage im Ständerat
- Staatsvertragsreferendum bei Doppelbesteuerungsabkommen
- Bericht EPA: Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung von 2004-2008

Am 27.8.2009 hat die SPK die für die Vorberatung von Doppelsteuerungsabkommen zuständige Kommission für Wirtschaft und Abgaben aufgefordert, derartige Abkommen aufgrund verfassungsrechtlicher Überlegungen in Zukunft dem fakultativen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen. Der Bundesrat hat darauf von sich aus in seinen am 27.11.2009 dem Parlament unterbreiteten Botschaften zu verschiedenen Doppelbesteuerungsabkommen seine bisherige Praxis geändert und die Unterstellung unter das fakultative Referendum beantragt.

Weiter liess sich die Kommission in Anwendung von Art. 151 ParlG zu den Verordnungsentwürfen zu folgenden, von ihr vorberatenen Vorlagen konsultieren:

- Zwangsanwendungsgesetz (06.009)
- Volkszählungsgesetz (06.093)
- Biometrische Pässe und Reisedokumente (07.039)
- Ausserparlamentarische Kommissionen (07.071)
- Schengener Grenzkodex. Änderungen im Ausländer- und Asylrecht (07.083)



3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Inderkum
- Vizepräsidentin Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Maury Pasquier

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: Briner, Büttiker, Cramer, Egerszegi-Obrist, Germann, Hêche, Inderkum, Lombardi, Maury Pasquier, Niederberger, Reimann, Schiesser, Schwaller
- Rücktritt und neues Mitglied seit der Wintersession 2007:
Freitag ersetzt Schiesser ab Frühjahrssession 2008

33 Subkommissionen

Keine.

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 11 Sitzungen (ohne Sitzungen während der Sessionen) haben 13 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 53 ½ Stunden (gut 4 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich:

- 2004-2005: 14 Sitzungen, 19 Sitzungstage, 90 ½ Sitzungsstunden
- 2006-2007: 12 Sitzungen, 15 Sitzungstage, 54 ½ Sitzungsstunden

42 Subkommission

--



5 Ausblick: Themen der 2. Hälfte der 48. Legislaturperiode 2009 - 2011 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit zzt. voraussehbar)

Von Seiten des Bundesrates sind folgende Vorlagen angekündigt, resp. bereits in der Bundesversammlung hängig:

- 01.080 s Staatsleitungsreform (neue Vorschläge)
- 09.085 n Weiterentwicklung des Schengen Besitzstands. Einführung biometrischer Daten im Ausländerausweis
- 09.087 s Weiterentwicklung des Schengen Besitzstands. Übernahme der Rückführungsrichtlinie und Änderung des AuG
- 09.089 n Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Änderung
- Reform des Bundespersonalrechts
- Sanierung Pensionskasse SBB
- Bürgerrechtsgesetz. Totalrevision
- Asyl- und Ausländergesetz. Teilrevisionen
- Volksinitiative „Für eine Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik“

Vorlagen, welche von der Nationalratskommission ausgearbeitet werden und voraussichtlich vom Ständerat als Zweitrat zu behandeln sein werden:

- [08.407 n](#) Pa.Iv. Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss
- [08.432 n](#) Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen
- [08.447 n](#) Pa.Iv. Schutz der Vertraulichkeit der Kommissionssitzungen
- [09.402 n](#) Pa.Iv. Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen

Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann damit gerechnet werden, dass die Frage der Gültigkeit von Volksinitiativen die Kommission intensiv beschäftigen wird, entweder im Rahmen der weiteren Behandlung der zurzeit in der SPK-S hängigen pa.Iv. Vischer. Gültigkeit von Volksinitiativen ([07.477](#)) oder im Rahmen der Behandlung eines zurzeit noch nicht hängigen Geschäfts.

Erfahrungsgemäss ist damit zu rechnen, dass auch in der 2. Hälfte der 48. Legislaturperiode einzelne Vorkommnisse insb. im Parlamentsbetrieb und bei der Ausübung der Volksrechte Anlass geben werden, um weitere, zurzeit noch nicht vorhersehbare Rechtsänderungen zur Diskussion zu stellen.